

Gröbenzell: Anwohner protestieren gegen geplante Flüchtlingsunterkunft

Anwohner in Gröbenzell protestieren gegen geplante Flüchtlingsunterkunft in Wohngebiet und kritisieren mangelnde Kommunikation.

In der bayerischen Gemeinde Gröbenzell, die sich durch eine hohe Lebensqualität und eine engagierte Bürgerschaft auszeichnet, wird die geplante Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft zurzeit kritisch diskutiert. Die immense Besorgnis der Anwohner über die Umwandlung einer Villa in eine Unterkunft für geflüchtete Menschen hat zu einer Welle von Protesten und einer verstärkten Nachfrage nach mehr Klarheit geführt.

Anwohner fordern bessere Kommunikation

Rund 80 besorgte Bürger kamen kürzlich ins Rathaus von Gröbenzell, um ihren Unmut über die mangelnde Kommunikation bei dem Thema Ausdruck zu verleihen. Thorsten Wiegand, ein Sprecher der Anwohner, unterstrich, dass die Bevölkerung erst Ende Juni von den Plänen erfuhr. „Das hat zu Unmut und dem Verdacht geführt, dass hier etwas verschwiegen werden soll“, erklärte er und betonte die Wichtigkeit einer transparenten Informationspolitik.

Geplantes Vorhaben und öffentlicher Widerstand

Der Investor plant, zunächst 28 Flüchtlinge in der Villa unterzubringen. Langfristig soll die Zahl laut Informationen von

Gemeindeverantwortlichen auf bis zu 98 erhöht werden. Diese Pläne wecken jedoch Bedenken bei den Anwohnern, da sie befürchten, dass eine solche Großunterkunft in ihrem Wohngebiet negative Auswirkungen auf die Lebensqualität haben könnte. Besonders kritisch betrachtet wird zudem die Nähe der Einrichtung zu Schulen und Kindertagesstätten.

Gröbenzeller Weg der Integration in Gefahr?

Die Gemeinde Gröbenzell hatte ursprünglich beschlossen, geflüchtete Menschen dezentral in kleineren Gruppen vor Ort unterzubringen. Diese Strategie, die als wichtig für eine gelungene Integration angesehen wird, scheint nun gefährdet. Viele Anwohner haben das Gefühl, dass ihre Bedenken nicht ernst genommen werden. „Wir sind für Integration. Aber nicht in Containern, sondern nur in Bestandsgebäuden auf dem Grundstück“, so Wiegands klare Position.

Kritik an der Vorgehensweise der Gemeinde

Bürgermeister Martin Schäfer und sein Stellvertreter Martin Runge betonten die Herausforderungen, die mit der Unterbringung von Geflüchteten verbunden sind. „Wir sitzen da alle im gleichen Boot“, versicherte Schäfer, während er gleichzeitig darauf hinwies, dass die Gemeinde aufgrund von Vorgaben des Bayerischen Staatsministeriums in der Unterbringung der Flüchtlinge eingeschränkt sei. Kritiker werfen der Gemeinde jedoch vor, sie habe den ursprünglichen Ansatz ohne erkennbaren Widerstand verlassen.

Skepsis und Vertrauen der Bürger auf dem Spiel

Trotz des Versuchs der Gemeindeverwaltung, den Dialog zu suchen, bleibt das Vertrauen der Bürger in die Verantwortlichen fragil. „Viele Antworten des Bürgermeisters waren schwammig,

und wir haben nicht das Vertrauen, dass die Gemeinde das alles für uns regelt“, fasste Wiegand die Sorgen der Gemeinschaft zusammen. In Reaktion auf die Situation planen die Anwohner, einen Anwalt einzuschalten und eine Bürgerinitiative zu gründen, um ihre Anliegen formell zu vertreten.

Die Situation in Gröbenzell verdeutlicht, wie wichtig eine frühzeitige und transparente Kommunikation bei der Umsetzung von Integrationsmaßnahmen ist. Es zeigt sich, dass die Bürger nicht nur nach Lösungen suchen, sondern auch die Verantwortung der Gemeindeverwaltung für eine gelungene Integration der geflüchteten Menschen einfordern.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de